

# Landtagswahl 2016

## Parteiprogramme aus handwerkspolitischer Sicht

### Bündnis 90/Die Grünen

### Bewertung des BWHT

#### Mittelstandsförderung und Bürokratieabbau

- |  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Idee des „Grünen Wirtschaftens“: Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl als Grundpfeiler, Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomie und solidarische Ökonomie als Innovationstreiber.</li><li>• Dialog auf Augenhöhe zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, um die richtigen Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit zu setzen.</li><li>• Förderung des Gründergeistes und der Risikobereitschaft; Kultur des Scheiterns, Fortsetzung der Gründeroffensive mit vermehrten Gründungsberatungen und Förderprogrammen.</li><li>• Einführung eine Landesbündnis für bezahlbares und klimafreundliches Wohnen zwischen Kommunen, Wohnungs- und Bauwirtschaft und Mietervereinen.</li><li>• Fortsetzung des Kampfes für bezahlbare Mieten u.a. durch mehr qualifizierte Mietspiegel, Mietpreisbremse und Regulierungen werden positiv beurteilt.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Starke Fokussierung auf Ressourceneffizienz und Gemeinwohl. Weitere wichtige Aspekte wie Bürokratieabbau, klassische Mittelstandsförderung fehlen.</li><li>• Im Sinne des Handwerks, hat aber Grenzen: Zu viele Dialoge führen zur Politikmüdigkeit, vor allem wenn Ergebnisse nicht umgesetzt werden.</li><li>• Aussagen zur Gründungsförderung und -beratung im Sinne des Handwerks. Fokus darf nicht nur auf High-Tech-Gründungen liegen.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Maßnahmen gegen die Sicht des Handwerks. Die Regulierungen sind bürokratisch und nutzen wenig.</li></ul> |
|--|--|

#### Bildungspolitik

- |  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Leitlinien Qualität, Verlässlichkeit und Eigenständigkeit in der Bildungspolitik.</li><li>• Investition in KITA-Plätze und Ausbau von Ganztagschulen, damit der Bildungserfolg nicht von der sozialen Herkunft abhängt.</li><li>• Beibehaltung der Wahlfreiheit für Eltern bei der Schulwahl.</li><li>• Erhalt eines wohnortnahen, stabilen und durchlässigen Schulangebots im ganzen Land. Überall werden alle Schulabschlüsse angeboten.</li><li>• Stärkung der Grundschulen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.</li><li>• Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschule. Alle Schüler sollen die Option haben, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen. Bei einer ausreichenden Schülerzahl soll eine</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Im Sinne des Handwerks. Stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erhöht die Wahrscheinlichkeit späterer Bildungserfolge.</li><li>• Die Wahlfreiheit der Eltern muss begleitet werden durch eine verlässliche und kompetente Beratung durch die Lehrkräfte der Grundschule.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Allerdings müssen eine duale Ausbildung und der Besuch einer beruflichen Schule als gleichwertige Alternative zum Besuch der eigenen Oberstufe beworben werden. Im</li></ul> |
|--|--|

<p>Gemeinschaftsschule oder mehrere Schulen im Verbund eine eigene Oberstufe anbieten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der Stundenanzahl an Realschulen für die individuelle Förderung der Schüler. Realschulen können auch den Hauptschulabschluss anbieten.</li> <li>• Keine Rückkehr zu G9, sondern eine flexible kinder- und jugendgerechte Weiterentwicklung des G8-Gymnasiums. Pädagogische Weiterentwicklung des Gymnasiums mit Raum für mehr und bessere individuelle Förderung. Berufliche Gymnasien und Gemeinschaftsschulen bieten die Möglichkeit, das Abitur nach neun Jahren abzulegen.</li> <li>• Alle zugangsberechtigten Bewerberinnen und Bewerber sollen einen Platz an einem beruflichen Gymnasium erhalten.</li> <li>• Alle Schülerinnen und Schüler sollen eine gute Berufsorientierung erhalten, um sich über die Möglichkeiten im späteren Berufsleben zu informieren.</li> <li>• Stärkung der Eigenständigkeit allgemeinbildender Schulen in Bezug auf ihre Budgetplanung und ihre pädagogische Entwicklung.</li> <li>• Erhöhung des Anteils fest eingestellter Vertretungslehrkräfte.</li> <li>• Recht auf inklusive Beschulung bei gleichzeitiger Wahlfreiheit der Eltern. Es wird das Zwei-Pädagogen-Prinzip bei inklusiver Beschulung angestrebt.</li> <li>• Ausbau verbindlicher Ganztagsangebote mit rhythmisiertem Ganztagesunterricht, die Kooperation mit Vereinen, Musikschulen und anderen Anbietern soll ermöglicht werden.</li> <li>• Bekenntnis zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung.</li> <li>• Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen in beide Richtungen bei Anerkennung bereits vorhandener Qualifikationen. Fortsetzung der Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte.</li> <li>• Fortführung begonnener Modellprojekte zum Wechsel in die duale Ausbildung, Verbesserung der Durchlässigkeit des Studiums und Angebot von Alternativen zum Studienabbruch.</li> <li>• Jeder hat das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Abschluss.</li> <li>• Drei Leitziele: Stärkung von erfolgreichen beruflichen</li> </ul>	<p>ländlichen Raum bietet die Oberstufe die Chance auf den wohnortnahen Erwerb des Abiturs.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Sinne des Handwerks, wird bereits umgesetzt.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Kein Ausbau beruflicher Gymnasien zu Lasten des dualen Ausbildungssystems.</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Die Lehrkräfte müssen für diese Aufgabe geschult werden.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, Universitäten müssen sich hierfür weiter öffnen.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Nicht jeder ist für jeden Ausbildungsberuf geeignet, zudem darf es kein Recht auf einen bestimmten Ausbildungsberuf in einem bestimmten Unternehmen geben. Im Handwerk gibt es wesentlich mehr offene Stellen als Bewerber.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Mit der Reform des</li> </ul>
---	--

<p>Schulen, Erhalt der dualen Ausbildung in der Fläche und eine Reform des Übergangssystems Schule/Ausbildung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherstellung einer stabilen und verlässlichen Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen in allen Regierungsbezirken. Die Lehrerversorgung in Mangelbereichen soll verbessert werden.</li> <li>• Initiative der Landesregierung, eine Bündelung der Berufsausbildungen voranzutreiben.</li> <li>• Einführung von Ganztagesangeboten an beruflichen Vollzeitschulen, um Auszubildenden eine realitätsnahe Vorstellung des späteren Arbeitsalltags zu vermitteln.</li> <li>• Für Jugendliche in Landes- oder Bezirksklassen muss eine bezahlbare Unterbringung in Wohnheimen sichergestellt werden. Die Struktur und Finanzierung der Wohnheime soll überprüft werden.</li> <li>• Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen in Bezug auf ihre Ressourcenverantwortung, Stellenbesetzungen und das Qualitätsmanagement.</li> <li>• Alle beruflichen Schulen müssen auf die Veränderungen der Arbeitswelt durch die Digitalisierung reagieren. Bildungsinhalte an beruflichen Schulen müssen regelmäßig aktualisiert und an die technologische Entwicklung angepasst werden.</li> <li>• Junge Menschen werden dabei unterstützt, während der Ausbildung internationale Erfahrungen zu sammeln.</li> <li>• Leistungsstärkere Auszubildende soll der ausbildungsbegleitende Erwerb der Fachhochschulreife oder die Mittlere Reife ermöglicht werden.</li> <li>• Fortsetzung der Teilzeitausbildung, um berufliche Ausbildung und familiäre Verpflichtungen miteinander zu vereinbaren.</li> </ul>	<p>Übergangssystem wurde bereits begonnen, die Modellversuche müssen evaluiert werden und in die Fläche getragen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Sinne des Handwerks. Bei der Unterrichtsversorgung muss der Teilzeitbereich der beruflichen Schulen Priorität genießen.</li> <li>• Das Handwerk sieht keine Notwendigkeit. Die Anzahl der Ausbildungsberufe reduziert sich kontinuierlich.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, aber schwer umzusetzen.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Der Internatskostenzuschuss wurde jüngst auf zwölf Euro erhöht. Er muss weiter auf 50 % der Übernachtungskosten angehoben werden.</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Eine stärkere Eigenständigkeit beruflicher Schulen darf jedoch nicht zu Lasten der Teilzeitausbildung und Weiterbildungsangeboten anderer Träger gehen.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Der BWHT ist am Programm Go.for.europe beteiligt.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, wird auch bereits umgesetzt.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
---	--

## Fachkräftesicherung

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortführung der Fachkräfteallianz.</li> <li>• Weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</li> <li>• Gemeinsam mit den kommunalen und freien Bildungsträgern wird daran gearbeitet, eine niedrigschwellige Weiterbildungsberatung zu etablieren.</li> <li>• Berufliche Schulen entwickeln sich immer mehr zu Kompetenzzentren für die Fort- und Weiterbildung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, allerdings muss die Zielsetzung der Fachkräfteallianz überprüft werden.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Es müssen aber auch mit den Kammern und anderen Wirtschaftsorganisationen Konzepte entwickelt werden, um die individuelle Bereitschaft für berufliche Weiterbildung zu stärken.</li> <li>• Berufliche Schulen und ihre Fördervereine dürfen Weiterbildungsmaßnahmen nur nach dem</li> </ul>
--	---

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortführung des Passiv-Aktiv-Tauschs: Bezuschussung von Arbeitsplätzen, um die Aufnahme einer regulären Beschäftigung zu unterstützen.</li> <li>• Ausbau und Weiterentwicklung der Infrastruktur für Integration, frühzeitige Erhebung beruflicher Qualifikationen und Fähigkeiten, schneller Zugang zu Sprachkursen, Abbau von Zugangshürden auf dem Arbeitsmarkt.</li> <li>• Eröffnung von Möglichkeiten für Praktika, Ausbildungen und Nachqualifizierungen für Flüchtlinge.</li> <li>• Schnelle und unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.</li> <li>• Keine Abschiebung von Asylsuchenden während der dreijährigen Ausbildung und den sich anschließenden zwei ersten Beschäftigungsjahren.</li> <li>• Forderung nach einem modernen Einwanderungsgesetz, welches die Bedürfnisse der Wirtschaft ebenso berücksichtigt wie die Situation in den Ursprungsländern.</li> <li>• Keine Aufweichung des Mindestlohns bei Flüchtlingen.</li> <li>• Fortführung und Ausbau des Programms „Kontaktstellen Frau und Beruf“.</li> </ul>	<p>Vollkostenprinzip anbieten. Ansonsten kommt es zu einer Wettbewerbsverzerrung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, allerdings muss der langfristige Nutzen des Programms evaluiert werden.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, allerdings muss der Gesetzgeber für mehr Rechtssicherheit für Handwerksbetriebe sorgen und Hürden beseitigen.</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Allerdings muss im Sinne der Arbeitgeber, Kunden und Verbraucher Gründlichkeit immer vor Schnelligkeit gehen. Aufgrund fehlender Dokumente dauern manche Verfahren länger. Keine Aussage zur Finanzierung von Anerkennungsverfahren.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Richtig ist, dass es keine flüchtlingsspezifische Ausnahme geben darf. Es ist generell dort nachzusteuern, wo der Mindestlohn zur Hürde bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt wird.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	--

## Rechtliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen: Keine Aussage zu Umfang und Grenzen.</li> <li>• Fortentwicklung der Beschaffungsverordnung im Hinblick auf eine faire, ökologische und nachhaltige Beschaffung der öffentlichen Hand.</li> <li>• Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit.</li> <li>• Zweckverbandsrecht soll moderner, demokratischer und transparenter werden.</li> <li>• Ablehnung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekenntnis zur geltenden Fassung des § 102 Gemeindeordnung wäre für das Handwerk wichtig gewesen.</li> <li>• Mit den damit einhergehenden erhöhten Nachweispflichten und dem erhöhten bürokratischen Aufwand sind kleine Betriebe überfordert.</li> <li>• Soweit die interkommunale Zusammenarbeit in handwerkliche Märkte eindringt, wird sie vom Handwerk abgelehnt.</li> <li>• Unklar, was sich genau dahinter verbirgt.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
---	---

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterqualifizierung der Landesverwaltung für Bürgerbeteiligung.</li> <li>• Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes.</li> <li>• Frauenquote in allen Entscheidungsgremien von Politik und Wirtschaft.</li> <li>• Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Frauen und Männern, entsprechende Bemessungsverfahren werden eingeführt.</li> <li>• Erweiterte Arbeitszeitoptionen und mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zwecks Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</li> <li>• Abbau von unsicheren und prekären Beschäftigungsverhältnissen (insbesondere Minijobs).</li> <li>• Bessere Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität.</li> <li>• Einführung eines öffentlich einsehbaren Lobbyregisters für Landtag und Landesregierung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unklar, ob und wie davon auch die Handwerkskammern, Innungen und Kreishandwerkerschaften betroffen sein sollen (als der unmittelbaren und mittelbaren Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts).</li> <li>• Aussage sehr vage; es wäre gegen die Handwerksorganisation, wenn der Anwendungsbereich des Gesetzes erweitert würde.</li> <li>• Wird vom Handwerk abgelehnt.</li> <li>• Wird vom Handwerk abgelehnt, denn berücksichtigt weder unterschiedliche Erwerbsbiografien noch den erheblichen Bürokratieaufwand.</li> <li>• Keine neuen Gesetze, sondern Sache der Tarif- und Betriebspartner.</li> <li>• Wird vom Handwerk abgelehnt: Teilzeit und Befristung sind meist familiär ausdrücklich gewünscht, die Zahl der Minijobber ist in 2015 sogar gesunken.</li> <li>• Nicht nur Wohnungseinbrüche, sondern auch Einbrüche in Gewerbegebieten besser bekämpfen.</li> <li>• Keine grundlegenden Bedenken.</li> </ul>
---	---

## Umwelt, Energie, Verkehr

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betonung der Landesstrategie Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft inkl. der Einbindung von KMU mit der Plattform „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“.</li> <li>• Fortsetzung der L-Bank-Förderprogramme für Effizienz in Unternehmen und des Klimaschutz-Plus-Programms; ggf. Einrichtung einer Klima-Stiftung.</li> <li>• Fortsetzung des Einsatzes im Bund für die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen.</li> <li>• Zielsetzung einer Verdopplung des Anteils erneuerbarer Wärme bis 2020 mit Hilfe des novellierten EWärmeG.</li> <li>• Zielsetzung einer Steigerung des KWK-Strom-Anteils bis 2020 auf 20%.</li> <li>• Ziel einer quartiersbezogenen Ausrichtung statt gebäudeindividueller und eines Ausbaus der Nahwärmenetze nach dänischem Vorbild.</li> <li>• Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, bezüglich der Plattform läuft die Praxis leider anders.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, aber weder Ressourcenscouts noch Ressourcenscoutberatung werden genannt.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks; Erfolg aber ungewiss, da Wirkung des EWärmeG noch nicht belegt.</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks</li> <li>• Maßnahmen gegen die Sicht des Handwerks.</li> <li>• Abzulehnen, denn faktisch Stillstand beim Ausbau.</li> </ul>
---	---

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Maut: Einbezug auch kleiner LKWs und des nachgeordneten Straßennetzes.</li> <li>• Durchfahrtsverbote werden ausdrücklich als Maßnahmen zur Lufteinhaltung erwogen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wird vom Handwerk abgelehnt.</li> <li>• Nicht im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	--

## Innovation, Technologie, Wirtschaft 4.0

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Handwerk wird unterstützt, weiter Innovationstreiber zu sein.</li> <li>• Fortsetzung des Breitbandausbaus und der Förderprogramme, insbesondere für Gewerbegebiete.</li> <li>• Etablierung der Breitbandversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.</li> <li>• Fortführung der Arbeit in den bestehenden Landesagenturen.</li> <li>• Fortführung des bereits beschlossenen „Digitallotsen“.</li> <li>• Transparenter, produktiver Umgang mit persönlichen Daten (z.B. mit Anonymisierungs- und Pseudonymisierungstechniken).</li> <li>• Virtuelles Fort Knox, um auch KMU-digitale Arbeits- und Geschäftsmodelle rechtlich abzusichern und „Datensicherheitsgarantie“ zu ermöglichen.</li> <li>• Für sog. Clickworker angemessener Schutz bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie Absicherung im Alter.</li> <li>• Die tariflich geschützte Beschäftigung verliert auch im digitalen Wandel nicht an Bedeutung.</li> <li>• Arbeitsrecht und Mitbestimmung müssen auf die digitale Arbeitswelt angepasst werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Sinne des Handwerks, wenn auch pauschale Aussage.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks.</li> <li>• Ausgewogenheit wäre durchaus zu begrüßen anstatt Einseitigkeit und Bürokratie beim Datenschutz.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, um gleichermaßen Altersarmut und Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Die Politik darf das Arbeiten 4.0 durch Regulierungen nicht unnötig einschränken, Anpassung des Arbeitszeitgesetzes, wo es die nötige Flexibilität verhindert.</li> </ul>
---	---

## Europa

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Grünen bestätigen die Erfolge des Exportlands Baden-Württemberg und sehen darin die Basis für grünes Wirtschaften.</li> <li>• Ökologische Modernisierung in Europa und weltweit: Zertifizierungen wie bspw. das Ökosiegel sollen gefördert werden und mit guten Beispielen bekannter gemacht werden.</li> <li>• Gerechtes Mitgestalten und verbindliche Menschenrechts-, Umwelt-, Arbeitstransparenz sowie Sozialstandards in den globalen Produktionsketten.</li> <li>• Bestehende Zusammenarbeit zwischen europäischen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein direkter Zusammenhang zwischen Exporterfolg und grünem Wirtschaften.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Allerdings keine Aussage, wie dies geschehen könnte.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	---

Partnern wie Donau- oder Alpenraumstrategie oder auch die Vier Motoren weiter vertiefen.

- Zustimmung zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA nur, wenn diese fair und transparent sind. Hervorgehoben sind die Themen Wahrung der Menschenrechte und nachhaltige Entwicklungen. Erreichte Standards in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit, Soziales, Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz bleiben unangetastet. Betrifft auch die in der Diskussion befindliche Schiedsgerichtsbarkeit.
- Einsatz für die Förderung einer nachhaltigen globalen Entwicklung auch im Bereich der Entwicklungspolitik über den sog. Rat für Entwicklungszusammenarbeit der Landesregierung. Unterstützung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg SEZ.
- Faires, transparentes Abkommen wird unterstützt, ebenso die Wahrung sozialer Standards.
- Unterstützung der SEZ im Sinne des Handwerks.